



Nr. 17

12. Mai 2023

Friedrichstraße 169  
D-10117 Berlin

Verantwortlicher Redakteur  
Michael Eufinger

Telefon 030.40 81-55 70  
Telefax 030.40 81-55 99  
presse@dbb.de  
www.dbb.de

## Inhalt

Diskussion über Onlinezugangsgesetz

[Digitalisierung der Verwaltung: Eigene Fachkräfte unerlässlich](#)

Geschäftsführung Autobahn GmbH

[Aufsichtsrat setzt transparentes Besetzungsverfahren durch](#)

Aufruf zur Teilnahme

[Umfrage zum Thema „Digitale Verwaltung“ gestartet](#)

Öffentlicher Dienst

[dbb fordert Stopp der Symbolpolitik auf Kosten der Beschäftigten](#)

Fachtagung der Konrad-Adenauer-Stiftung

[Modernisierung des Staates: Beschäftigte einbinden](#)

Europatag

[Funktionierender Staat ist wichtigste Stütze für Demokratie und Wohlstand](#)

## Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

Bremen

[Vor Landtagswahl: Abkehr von Privatisierungen gefordert](#)

Nordrhein-Westfalen

[Stau: Politik taucht beim öffentlichen Dienst ab](#)

Deutsche Zoll- und Finanzgewerkschaft (BDZ)

[Organisierte Kriminalität und Geldwäsche: Bekämpfung soll optimiert werden](#)

Deutscher Philologenverband (DPhV)

[„Deutscher Lehrkräftepreis – Unterricht innovativ“ 2022 verliehen](#)

## [Namen und Nachrichten](#)

aktuelle

Informationsdienst des dbb

## Diskussion über Onlinezugangsgesetz Digitalisierung der Verwaltung: Eigene Fachkräfte unerlässlich

**Dem Staat fehlen IT-Spezialisten, die Abhängigkeit von externen Beratern ist deshalb bei der Verwaltungsdigitalisierung viel zu groß, mahnt der dbb.**

„Der digitale Staat kann nur gelingen, wenn die Verwaltungen mehr eigene IT- und Digitalkompetenzen aufbauen. Dafür brauchen wir mehr Ausbildungskapazitäten und duale Studiengänge für die Bundes-, Landes- und Kommunalverwaltungen. Der Aufbau einer eigenen IT-Fachkräftebasis in der Verwaltung ist auch unerlässlich, um die Abhängigkeit von externer Beratung zu reduzieren“, sagte der dbb Bundesvorsitzende Ulrich Silberbach am 3. Mai 2023 anlässlich des dbb dialogs digital zum Thema „Dauerbaustelle Digitalisierung der Verwaltung: Wie geht es jetzt nach der ernüchternden OZG-Bilanz weiter?“.

Es müssten aber nicht nur mehr Nachwuchskräfte selbst ausgebildet werden. Silberbach: „Weiterhin brauchen wir massive Investitionen in die Fort- und Weiterbildung der vorhandenen Beschäftigten. Bereits heute investiert die Privatwirtschaft mehr als doppelt so viel wie der öffentliche Dienst in die Weiterbildung seiner Beschäftigten.“ Auch die Arbeitsbedingungen müssten verbessert werden. „Das bedeutet ganz konkret: Flexible Arbeitszeiten, eine attraktive Bezahlung, eine moderne technische Arbeitsausstattung und eine innovative Verwaltungskultur. Denn zahlreiche Stellen sind zu lange unbesetzt und das vorhandene Personal

ist trotz zuletzt erfolgter Aufstockung komplett ausgelastet. Der Normenkontrollrat hat bereits 2021 kritisiert, dass für eine erfolgreiche Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes (OZG) insbesondere in den Ländern und Kommunen schlicht und einfach nicht genug Leute zur Verfügung stehen.“

Die enttäuschende Bilanz des OZG sei aber nicht von den Beschäftigten zu verantworten, stellte der dbb Chef klar: „Die Kolleginnen und Kollegen sind vielmehr die Leitragenden einer verfehlten Politik und schlechter Rahmenbedingungen. Ohne ihren täglichen und hochmotivierten Einsatz würden wir noch viel schlechter dastehen. Neben dem Personalmangel ist ein wesentliches Problem, dass die interne Verwaltungsdigitalisierung komplett vernachlässigt wurde. Man hat sich ausschließlich darauf konzentriert, dass etwa Anträge digital eingereicht werden können. In ganz vielen Fällen mussten die Beschäftigten diese dann ausdrucken und abtippen, weil sie diese eben nicht digital weiterverarbeiten konnten. So funktioniert es einfach nicht, das ist fatal.“

Einen ausführlichen Bericht der Veranstaltung gibt es auf [dbb.de](https://www.dbb.de).

## Geschäftsführung Autobahn GmbH: Aufsichtsrat setzt transparentes Besetzungsverfahren durch

**Bei Neubesetzungen in der Geschäftsführung der Autobahn GmbH hat der Aufsichtsrat den Alleingang des Verkehrsministers gestoppt und ein offenes Auswahlverfahren durchgesetzt.**

In der Geschäftsführung der Autobahn GmbH soll die dreiköpfige Geschäftsführung um einen Sitz erweitert werden. Zugleich scheidet zwei bisherige Geschäftsführungsmitglieder aus. „Verkehrsminister Volker Wissing wollte die Posten ohne Stellenausschreibung und ohne Beteiligung des Aufsichtsrats besetzen. Dieses intransparente Stühlerücken haben wir gestoppt“, erklärte dbb Tarifchef Volker Geyer, der zugleich stellvertretender Vorsitzender des Aufsichtsrates ist, am 12. Mai 2023 in Berlin. „Wir brauchen Top-Leute, die das Vertrauen der Belegschaft haben. Deshalb haben wir ein

Auswahlverfahren mit mehreren Kandidierenden durchgesetzt.“

Geyer formulierte darüber hinaus konkrete Erwartungen an eine erneuerte Geschäftsführung: „Aus Sicht der Beschäftigten muss die erneuerte Geschäftsführung schnell verinnerlichen, dass ein Dienstleister wie die Autobahn GmbH vor allen Dingen auf gut ausgebildete Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter angewiesen ist. Gerade angesichts des immer akuter werdenden Arbeitskräftemangels und des immer

härteren Wettbewerbs um die besten Fachkräfte muss gelten: Bei unserem Personal reden wir stets von Investitionen und nicht einfach nur von Kosten.“ Geyer machte ferner

klar, dass „wir auch gegenüber der erneuerten Geschäftsführung die Rechte der Beschäftigten der Autobahn GmbH jederzeit durchsetzen werden“.

## Aufruf zur Teilnahme Umfrage zum Thema „Digitale Verwaltung“ gestartet

**Gemeinsam mit dem dbb sowie der Hertie School of Governance geht Next:Public mit einer neuen Studie der Frage nach, wie die Verwaltung der Zukunft aussehen kann.**

Inhaltlich konzentriert sich die Studie „Barometer Digitale Verwaltung“ auf die Verwaltung als moderner Arbeitgeber, die interne Verwaltungsdigitalisierung und die Stellung von IT-Sicherheit in den Behörden. Ziel der Studie ist es in Erfahrung zu bringen, wie die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes die bestehenden Rahmenbedingungen bewerten.

Die Studie richtet sich an Verwaltungsmitarbeiterinnen und Verwaltungsmitarbeiter aller Ebenen und aller Tätigkeitsbereiche. Der Befragungszeitraum beginnt am 10. Mai 2023 und endet am 18. Juni 2023. Die Ergebnisse der Studie werden im Herbst 2023 veröffentlicht. Hier geht es direkt zur Umfrage: <https://survey.lamapoll.de/Barometer-Digitale-Verwaltung>.

## Öffentlicher Dienst dbb fordert Stopp der Symbolpolitik auf Kosten der Beschäftigten

**„Eine Politik, die dem Staatsdienst immer mehr Aufgaben aufbürdet, ohne für eine adäquate Ausstattung zu sorgen, fährt die Daseinsvorsorge vor die Wand“, warnt dbb Chef Silberbach.**

Beim Landesgewerkschaftstag des dbb Hamburg am 12. Mai 2023 ging der dbb Bundesvorsitzende Ulrich Silberbach hart mit der Politik ins Gericht. „Eine Politik, die dem Staatsdienst immer mehr Aufgaben aufbürdet, ohne für eine adäquate Ausstattung zu sorgen, fährt die Daseinsvorsorge vor die Wand“, warnte er und zitierte eine aktuelle Umfrage des ARD-Politikmagazins „REPORT MAINZ“ unter Amtsleitenden verschiedener Behörden in den 100 größten deutschen Städten: Nahezu alle teilnehmenden Ämtern gaben an, dass die Arbeitsbelastung in den vergangenen fünf Jahren zugenommen oder sogar stark zugenommen hat. Vor allem Gesetzesänderungen führten zu Mehraufwand bei bestehenden Prozessen, bei gleichzeitigem Mangel an Personal. „Die Politik beschließt immer mehr Gesetze, die zusätzliche Aufgaben bedeuten, berücksichtigt dabei aber viel zu wenig deren Umsetzbarkeit“, kritisierte Silberbach und forderte, „diejenigen, die für die Umsetzung der Gesetze am Ende zuständig sind, mit ihrem Know-how viel stärker in den Gesetzgebungsprozess einzubeziehen. Es sollten keine Gesetze mehr erlassen werden, bei denen von vornherein klar ist, dass sie

weder um- noch durchsetzbar sind. Alles andere ist Symbolpolitik auf Kosten der Kolleginnen und Kollegen.“

Der „Dauerkrisenmodus“ des Staatsdienstes führe bei den Beschäftigten zum „Dauer-Burnout“ und in der Außenwirkung zu einer fatalen Wahrnehmung: „Nur noch 29 Prozent der Bevölkerung sind der Meinung, dass der Staat noch handlungsfähig ist und seine Aufgaben erfüllen kann. Wir haben an ganz vielen Stellen nur noch eine Schönwetter-Daseinsvorsorge, und die Menschen erleben das jeden Tag.“ Ohne konsistente und entschlossene Strategien gegen die Aufgabenflut und den Personal- und Digitalisierungsmangel stehe der Staat den Zukunftsaufgaben und Krisen geradezu hilflos gegenüber, mahnte Silberbach. „Migration, Bildung, Klima und Demografie – das sind die hochkomplexen Herausforderungen, bei denen die Menschen auf den Staat bauen, da müssen wir liefern. Die Kolleginnen und Kollegen wollen das auch, aber man muss sie dafür auch entsprechend ausstatten und aufstellen. Wir brauchen nicht nur einen Stopp beim Aufgabenzuwachs und eine klare und konsequente Aufgabenkritik, sondern auch deutlich mehr Personal, das wir im Wettbewerb nur mit

attraktiven Beschäftigungsbedingungen gewinnen können“, forderte der dbb Chef.

Der dbb Bundesvorsitzende gratulierte der neu gewählten Landesleitung des dbb hamburg um ihren neuen Vorsitzenden Thomas Treff und würdigte den ehemaligen Landeschef Rudolf

Klüver, der den Verband 18 Jahre lang erfolgreich angeführt hat und sich nun in den Ruhestand verabschiedet. „Du hast Dich unermüdlich für die Interessen der Beschäftigten eingesetzt und den Landesbund und Hamburgs öffentlichen Dienst entscheidend geprägt. Dafür danke ich Dir von Herzen“, so Silberbach.

## Fachtagung der Konrad-Adenauer-Stiftung **Modernisierung des Staates: Beschäftigte einbinden**

Deutschland hat bei vielen Reformen kein Erkenntnis-, sondern ein Umsetzungsproblem. Wer strukturelle Änderungen will, muss auf die Expertise der Beschäftigten des Staates setzen.

Das hat der dbb Bundesvorsitzende Ulrich Silberbach bei der Fachtagung „Staatsreform“ der Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS) am 8. Mai 2023 in Berlin deutlich gemacht. „Die Digitalisierung der Verwaltung steht exemplarisch für eines der zentralen Probleme bei uns: Unklare Zuständigkeiten in der Politik, unzureichende Ausstattung in der Verwaltung, unzufriedene Bürgerinnen und Bürger im Land“, so der dbb Chef. „Wer das aufbrechen will, sollte nicht wie so oft teure externe Beratung einkaufen, sondern auf die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes hören. Sie sind die wahren Expertinnen und Experten und können und wollen pragmatische Lösungen für die drängenden Probleme des Landes finden. Ohne den gemeinsamen politischen Willen von Bund, Ländern und Kommunen sind ihnen aber die Hände gebunden.“

Gerade bei den einschneidenden Krisen der vergangenen Jahre habe sich gezeigt, dass

Deutschland in vielen Bereichen eine „Schönwetter-Daseinsvorsorge“ habe, erklärte Silberbach. „Man denke nur an die mangelhafte Digitalisierung in den Gesundheitsämtern. Die ist uns während der Corona-Pandemie schmerzhaft auf die Füße gekracht – und einmal mehr waren es die Kolleginnen und Kollegen, die politische Versäumnisse durch enormen persönlichen Einsatz so gut es eben ging ausgebügelt haben. Aktuell laufen wir beispielsweise beim Fachkräftemangel erneut sehenden Auges in eine Katastrophe: Bereit heute fehlen uns beim Staat über 360.000 Leute und in den kommenden zehn Jahren gehen 1,3 Millionen in den Ruhestand. Schon deshalb ist es höchste Zeit, endlich die von uns seit Jahren geforderte Aufgabenkritik vorzunehmen. Wer den Bürgerinnen und Bürgern ständig neue Versprechungen macht, ohne sich um die konkrete Umsetzung zu kümmern, schwächt langfristig das Vertrauen in den Staat und schlussendlich in die Demokratie.“

## Europatag

### **Funktionierender Staat ist wichtigste Stütze für Demokratie und Wohlstand**

**In Zeiten schnellen Wandels und krisenhafter Herausforderungen ist ein funktionierender Staat die wichtigste Stütze für Demokratie und Wohlstand, mahnt dbb Chef Ulrich Silberbach.**

Anlässlich des Europatags am 9. Mai 2023 stellt der dbb Bundesvorsitzende Ulrich Silberbach die Bedeutung des gesellschaftlichen Zusammenhalts und einer stabilen freiheitlichen Ordnung in Deutschland und Europa heraus: „In Zeiten des schnellen Wandels und der aktuellen krisenhaften Herausforderungen ist es von großer Bedeutung, dass wir uns auf eine funktionsfähige Gesellschaft stützen können.“

Der öffentliche Dienst spiele hierbei eine zentrale Rolle. „Die Beschäftigten im öffentlichen Dienst sind unverzichtbar für die Stabilität und das reibungslose Funktionieren unseres Landes und unserer europäischen Gemeinschaft. Sie sorgen für die Kontinuität öffentlicher Dienstleistungen, für Sicherheit, Bildung, Gesundheit und einen einwandfreien Verwaltungsablauf“, sagt Silberbach.

Besonders ein Jahr vor den Europawahlen gelte es, auf die Bedeutung der europäischen Zusammenarbeit bei wichtigen Zukunftsthemen hinzuweisen. „Die europäische Integration hat uns viele Vorteile gebracht und dazu beigetragen, dass wir in Frieden, Freiheit und Wohlstand leben können“, betont der dbb Chef. „Gleichzeitig stehen wir aber auch vor großen Herausforderungen, die nur gemeinsam gelöst werden können. Dazu gehören die Bewältigung der Klimakrise, die Sicherung von Frieden und Stabilität in Europa und die digitale Transformation.“

In diesem Zusammenhang sei es wichtig, dass der öffentliche Dienst auch weiterhin auf deutscher und europäischer Ebene eine wichtige Rolle spielt. „Durch einen funktionsfähigen öffentlichen Dienst und eine gute Zusammenarbeit der europäischen Länder und Institutionen können wir diese Herausforderungen erfolgreich meistern“, verdeutlicht der dbb Bundesvorsitzende. Gesellschaftlicher Zusammenhalt und europäische Zusammenarbeit seien eng miteinander verknüpft. „Nur wenn wir in Deutschland und Europa auf eine funktionsfähige öffentliche Hand setzen und uns gemeinsam den Herausforderungen stellen, können wir eine stabile und erfolgreiche Zukunft gestalten“, so Silberbach.

## ***Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften***

Bremen

### **Vor Landtagswahl: Abkehr von Privatisierungen gefordert**

**Der dbb bremen hat die Abkehr von Privatisierungen im öffentlichen Dienst gefordert. Bei der öffentlichen Daseinsvorsorge und Dienstleistungen dürfe die Gewinnmaximierung nicht im Vordergrund stehen.**

Das hat der dbb Landesbund bei einer Diskussionsrunde des Gesamtpersonalrats Bremen mit den Spitzenkandidatinnen und -kandidaten für die Wahl der Bremischen Bürgerschaft (Landtagswahl) am 14. Mai 2023 deutlich gemacht. Die Politikerinnen und Politiker sollten sich dort dazu äußern, welche Bedeutung sie öffentlichen Dienstleistungen zumessen und wie sie hier für eine ausreichende finanzielle Absicherung sorgen wollen.

„Schaut man sich in den Wahlprogrammen zur Bürgerschaft um, so findet man in vielen Fällen allerdings nur wenige Hinweise darauf, wo

denn das ganze Geld herkommen soll, mit dem die Daseinsvorsorge und öffentliche Dienstleistungen der Bürgerinnen und Bürger finanziert werden sollen“, hieß es vom dbb bremen dazu. Auch die gegenwärtige Personalausstattung sei in vielen Bereichen „desolat“.

Mit Blick auf die im Herbst 2023 beginnenden Tarifverhandlungen der Länder (TV-L) hieß es: „Die Verantwortlichen nach der Bürgerschaftswahl sollten unsere Sorgen und Nöte respektieren und nicht den Fehler begehen, die Frustration und Entschlossenheit unserer Kolleginnen und Kollegen falsch einzuschätzen.“

Nordrhein-Westfalen

### **Stade: Politik taucht beim öffentlichen Dienst ab**

**Auf der Tagung des Hauptvorstandes des DBB NRW am 24. April 2023 machte dbb Landeschef Roland Stade deutlich, dass sich die Politik in Nordrhein-Westfalen abtaucht, wenn es um den öffentlichen Dienst geht.**

Stade ging unter anderem auf die von der Landesregierung angekündigte Modernisierungsoffensive ein, die noch vor Ostern starten sollte. Eine Einladung zur Arbeitsgruppe „Modernisierung der öffentlichen Verwaltung“ liege

bis heute jedoch nicht vor. Stade: „Offensichtlich gibt es hier unterschiedliche Abstimmungsbedarfe zwischen einigen Ministerien.“

Als Anreiz, den Umstieg auf öffentliche Verkehrsmittel zu fördern und einen Beitrag für das Klima zu leisten, biete das Deutschlandticket für 49 Euro eine kleine Chance, so Staude. Viele Arbeitgebende würden dieses Ticket zusätzlich mit 25 Prozent des Preises subventionieren. Das Land NRW zeige sich

hier jedoch unflexibel und wolle ohne Rechtsgrund oder tarifrechtliche Regelung nichts zahlen. „Für eine solche Begründung haben wir wenig Verständnis. Bei 24.000 Leerstellen in der Landesverwaltung möchte wir nicht hören, warum einige Dinge nicht umsetzbar sind, sondern wie sie umgesetzt werden“, machte der DBB NRW Vorsitzende deutlich.

## Deutsche Zoll- und Finanzgewerkschaft (BDZ)

### **Organisierte Kriminalität und Geldwäsche: Bekämpfung soll optimiert werden**

**Bundesfinanzminister Christian Lindner will den Zoll im Kampf gegen die Organisierte Kriminalität und Geldwäsche weiter stärken. Der BDZ unterstützt das Vorhaben.**

Am 3. Mai 2023 wurde eine Strategie vorgestellt, um die Bekämpfung von Organisierter Kriminalität und Geldwäsche weiterzuentwickeln, um den mit hoher Dynamik und überwiegend international agierenden Täterstrukturen auch in Zukunft weiterhin schlagkräftig begegnen zu können. Dazu soll die Effektivität und Effizienz gesteigert, die Digitalisierung verbessert und die Zusammenarbeit auf nationaler und internationaler Ebene gestärkt werden. „Wir sehen insbesondere der nach Aussage des Ministers trotz der angespannten Haushaltslage geplanten personellen Stärkung des Zollfahndungsdienstes positiv entgegen“, betonte der BDZ Bundesvorsitzende Thomas Liebel.

Bis zum zweiten Quartal 2025 sollen – unter Wahrung der Einheit des Zolls als Ganzes – laut Finanzministerium ein OK-Bekämpfungszentrums im Zollkriminalamt (ZKA) eingerichtet werden. Es soll für deliktsübergreifende Strafverfolgungs-, Ermittlungs- und Grundsatzangelegenheiten zuständig sein und sowohl innerhalb der Zollverwaltung als auch national und international für Partnerbehörden als zentraler Ansprechpartner zur Verfügung stehen. Zudem sollen regionale „OK-Ermittlungszentren“ im Zollfahndungsdienst und in der Finanzkontrolle Schwarzarbeit geschaffen werden durch Priorisierung der Aufgabenwahrnehmung und durch regionale Schwerpunktsetzung-

Ferner ist der Aufbau eines Innovationszentrums für die technische Einsatz- und Ermittlungsunterstützung für den Zoll im ZKA geplant. Es als zentrale technische Kompetenzstelle die technische Fortschritts- und Marktbeobachtung übernehmen. Auch die verfahrensintegrierten Finanzermittlungen im Zoll soll gestärkt werden, in dem in den Einheiten der Zollfahndungsämter und Finanzkontrolle Schwarzarbeit das Spezialwissen im Bereich der Vermögensabschöpfung weiterentwickelt wird.

Der BDZ fordert seit Langem eine Stärkung des Zollfahndungsdienstes, der seit 2002 keine signifikanten Personalerhöhungen erfahren hat. Liebel: „Wir begrüßen die Absicht des Ministers, die Zollfahndung stärken zu wollen. Dieser Schritt ist angesichts der Komplexität und Gefährlichkeit der Bekämpfung Organisierter und Schwerstkriminalität längst überfällig.“ Statt der von der Zollverwaltung bislang zur Verfügung gestellten 3.400 Stellen sind aus Sicht des BDZ jedoch 6.000 Stellen erforderlich. Zudem müsse die im Bundeshaushalt vorgesehene pauschale Stelleneinsparung von 1,5 Prozent wegfallen.

Bei der weiteren Umsetzung der von Bundesfinanzminister vorgestellten Strategie sei nun die Generalzolldirektion gefordert. „Wir gehen davon aus, dass die zuständigen BDZ-geführten Personalvertretungen bei der Umsetzung der vorgestellten Maßnahmen eng einbezogen werden“, so der BDZ Chef.

## Deutscher Philologenverband (DPhV) „Deutscher Lehrkräftepreis – Unterricht innovativ“ 2022 verliehen

**Die Preisträgerinnen und Preisträger des bundesweiten Wettbewerbs „Deutscher Lehrkräftepreis – Unterricht innovativ“ 2022 stehen fest: Zehn Lehrkräfte, vier Teams und vier Schulleitungen aus insgesamt elf Bundesländern wurden ausgezeichnet. Über 8.500 Lehrkräfte sowie Schülerinnen und Schüler haben sich am Wettbewerb beteiligt.**

Die Träger des Wettbewerbs, die Heraeus Bildungsstiftung und der Deutsche Philologenverband, wollen mit der Auszeichnung die Leistungen von Lehrkräften, Lehrkräfte-Teams sowie Schulleitungen würdigen und in den Vordergrund der öffentlichen Wahrnehmung rücken. Die Schirmherrin der Wettbewerbsrunde 2022, Bundesministerin für Bildung und Forschung Bettina Stark-Watzinger, sagte am 8. Mai 2023: „Dieser Preis ist ein Appell, wie wichtig guter Unterricht ist, der niemanden zurückschlägt. Vor allem macht er sichtbar: Lehrerinnen und Lehrer werden in diesem Land wertgeschätzt. Als Bundesbildungsministerin und Schirmherrin des Preises danke ich allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern.“

Für „Ausgezeichnete Lehrkräfte“, eine der drei Wettbewerbskategorien, wurden zehn besonders engagierte Lehrkräfte von den Schülerinnen und Schülern der Abschlussklassen 2022/2023 nominiert. Drei Auszeichnungen vergab die Jury nach Nordrhein-Westfalen (Dirk Erkelenz, Königin-Luise-Schule Köln; Georg Kussel, Einstein Gymnasium Rheda-Wiedenbrück; Dennis Münstermann, Bertha Krupp Realschule Essen), zwei nach Berlin (Tatjana Inkin, Johann-Gottfried-Herder-Gymnasium; Sebastian Telschow, Werner-von-Siemens Gymnasium). Je eine Auszeichnung wurde nach Bayern (Marc-Andree Hennekes,

Dreiflüsse-Realschule Passau), Hessen (Karl Voßkühler, Internatsschule Schloss Hansenberg Geisenheim-Johannisberg), ins Saarland (Raphael Büttner, Peter-Wust-Gymnasium Merzig), Sachsen (Andreas Böstler, Wilhelm-Ostwald-Schule Leipzig) und Thüringen (Maria-Magdalena Lessat, Pestalozzischule Apolda) vergeben.

In der Kategorie „Unterricht innovativ“ haben ebenfalls zahlreiche engagierte Lehrkräfte-Teams aus ganz Deutschland innovative und fächerübergreifende Unterrichtsprojekte für den Wettbewerb eingereicht. Die DPhV Bundesvorsitzende Susanne Lin-Klitzing erklärte: „Die außergewöhnlich vielen Einreichungen in diesem Jahr haben gezeigt, wie viel an unseren Schulen passiert: Unsere Lehrkräfte arbeiten unermüdlich daran, Schule und Unterricht innovativ zu denken und dabei das Lernen für ihre Schülerinnen und Schüler so abwechslungsreich wie wirksam zu machen. Die vier Projekte, die wir heute auszeichnen, beweisen dieses außergewöhnliche Engagement und stehen stellvertretend für unzählige Lehrkräfte, die jeden Tag ihren Beruf zur Berufung werden lassen.“

Weitere Informationen und eine Übersicht aller Ausgezeichneten gibt es unter <https://www.lehrkraeftepreis.de/>.

## Namen und Nachrichten

Kaum eine Behörde hat so vielfältige Aufgaben wie der Zoll. Gerade das macht seine Arbeit dort interessant, findet Nico Hellmuth, 30-jähriger Zollhauptsekretär aus Fulda. Gleichzeitig wird die Aufgabenhäufung beim Zoll aber immer mehr auch zum Problem, erzählt er in Folge 9 vom **dbb** Podcast „DienstTag – Menschen, die Staat machen“. Neben der klassischen Einfuhrkontrolle hat die Politik immer neue Betätigungsfelder für den Zoll ausgemacht. „KfZ-Steuererhebung, Finanzkontrolle Schwarzarbeit: Der Bürger sieht oft gar nicht, was wir alles machen, welche Aufgaben der Zoll inzwischen alles übernommen hat und je mehr Aufgaben, desto mehr Personalbedarf,

vor allem an Fachkräften. Das alles bei ständig wachsendem Nachwuchsmangel“, schildert Nico Hellmuth die Lage. Er selbst arbeitet seit einem Jahr in der Vollstreckung, quasi als Geldeintreiber für den Staat. Vorher war er zehn Jahre am Frankfurter Flughafen eingesetzt und hat in der Zeit viele spannende Geschichten erlebt. Zum Glück entwickelt jeder Zöllner, jede Zöllnerin mit den Jahren einen ziemlich guten Instinkt, bei welchem Fluggast sich ‚genauerer Hinsehen‘ lohnen könnte. „Denn das Hauptproblem der Schmuggler ist der Faktor Mensch. Wenn da jemand steht und schwitzt oder wenn einer mit seinem Koffer das dritte Mal durch die Ankunftshalle kreist,

ohne sich bei uns durchzutruen, ist das schon ein Anhaltspunkt“, so Nico Hellmuth. „Guten Tag, ist das Ihr Koffer? Machen Sie den bitte mal auf.“ Den dbb Podcast gibt es hier: <https://linktr.ee/dbb.online>.

Die Verhandlungen mit dem Arbeitgeberverband BDLS über höhere Zeitzuschläge und Zulagen für Führungskräfte und Auszubildende sind am 9. Mai 2023 in Berlin ein gutes Stück vorangekommen, aber noch nicht abgeschlossen. Zwar konnte auch in dieser Verhandlungsrunde keine Einigung zwischen dem **dbb** und dem Arbeitgeberverband BDLS erzielt

werden, aber es gab eine deutliche Annäherung der Parteien. Der große Streitpunkt der Mehrarbeitszuschläge wurde von den Verhandlungen vorerst ausgeklammert, damit die Beschäftigten möglichst bald von den übrigen Verbesserungen der Zeitzuschläge und der Neuregelung der Zulagen für Führungskräfte und Auszubildende profitieren können. In dieser Verhandlungsrunde wurde vor allem über den Zeitpunkt des Inkrafttretens der einzelnen Regelungen mit den Arbeitgebenden diskutiert. Zu einzelnen Punkten besteht zudem noch Klärungsbedarf, sodass die Verhandlungen vertagt wurden. Sie sollen nun am 16. Mai 2023 fortgesetzt werden.

### Termine:

14. Juni 2023

#### **17. Frauenpolitische Fachtagung**

Weitere Informationen unter [dbb-frauen.de](https://www.dbb-frauen.de).

18.- 19. September 2023

#### **14. Forum Personalvertretungsrecht**

Weitere Informationen folgen.

16.-17. Oktober 2023

#### **3. Bundesseniorenkongress**

Weitere Informationen [dbb-senioren.de](https://www.dbb-senioren.de)